



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/63 - 16, März 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0836890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Der Anfang vom "Promi"</u> Zentrale Leitstelle für Regierungspropaganda Von Franz Barsig	69
3 - 4	<u>Genfer Abrüstungsgespräch - Vorspiel zur Gipfelkonferenz</u> Vorläufig tastet man sich ab Von Bruno Küster, Genf	71
5 - 6	<u>Verjährungsfrist verlängern!</u> Es sollte keinen Freibrief für Naziverbrecher geben	64
7	<u>Zuspitzung nicht erwünscht ?</u> Nach der Beilegung des "Paßstreites"	19
7	<u>Aus Ghana zurück</u> Georg August Zinn leistete gute Arbeit für die Bundesrepublik	28

* * *
* *

Der Anfang von "Promi"

Zentrale Leitstelle für Regierungspropaganda

Von Franz Barsig

Gewiß, wir leben in einer Zeit, die unsere Aufmerksamkeit mehr auf die Berlin-Frage oder die Abrüstungsverhandlungen in Genf richtet, als auf innenpolitische Vorgänge. Trotzdem wäre es außerordentlich gefährlich, wenn der Plan des Bundeskanzlers, sich in seinem Amt eine zentrale Propagandaleitstelle zu schaffen, nach der einmaligen Erwähnung in der Presse der Vergessenheit anheimfallen würde. Als man in früheren Jahren zweimal versuchte, nach den Plänen des verstorbenen Staatssekretärs Dr. Lenz ein Propagandaministerium zu schaffen, da hat die gesamte deutsche Presse nicht geruht und nicht gerastet, bis sie diese Pläne zu Fall gebracht hatte.

Zugegeben, damals waren die Pläne nach außen hin größer und gewichtiger, der Name Lenz allein weckte bei vielen Mißtrauen, und man konnte deutlicher abschätzen als heute, welche organisatorischen Umrisse das damals geplante neue Propagandaamt annehmen würde.

Auch psychologisch war die Bundesregierung damals in einer schlechteren Position. Heute gibt es viele, die Herrn von Eckardt, der in Bonn unter den Journalisten wenige "Lieblinge" hat und viele benachteiligt, es gönnen, wenn ihm jemand vor die Nase gesetzt wird. Manche sind auch zu der Auffassung gekommen, daß der Wirrwarr, der auf dem Gebiet der Dementiererei anlässlich der Spanien-Depots-Pläne der Bundeswehr entstand, es vielleicht doch notwendig macht, eine Koordinierungsstelle im Bundeskanzleramt einzurichten.

Das alles aber sollte die Presse nicht veranlassen, den neuen Anschlag auf ihre Freiheit hinzunehmen. Auch das Bundeskanzleramt hat aus den früheren Mißerfolgen gelernt und geht heute geschickter vor. Höchste Wachsamkeit ist aber auch diesmal am Platze.

Nehmen wir einmal an, Ministerialdirektor Dr. Hänlein - seinen Namen nennen in diesem Zusammenhang informierte Kreise - wird tatsächlich der sogenannte Koordinator, und er wird Staatssekretär Dr. Globke direkt unterstellt. Seine Aufgabe wird auf zwei Ebenen verlaufen. Einmal wird er pressepolitisch versuchen müssen, die Bewegungsfreiheit der Pressestellen der Ministerien zu beschneiden, denn maßgebend wird eben nicht mehr sein, was ein Ministerium in der Öffentlichkeit ankündigen oder

vertreten möchte, sondern allein entscheidend ist, was die "Super-Regierung" im Bundeskanzleramt selbst austüftelt. Wenn man das pressepolitisch koordinieren will, dann wird es dazu kommen, daß wie in Diktaturen die Propaganda beginnt, ehe das Gesetzesvorhaben überhaupt angelautet ist. Die Minister und ihre Pressestellen werden sich dann entweder völlig gleichschalten müssen, oder - ein oder gibt es eben nicht, denn ein Minister in der Bundesrepublik tritt nicht zurück, er wird höchstens zurückgetreten.

Die Minister aber verdienen eigentlich kein Mitleid, denn sie werden nur so behandelt, wie sie es hinnehmen. Die viel größere Gefahr der propagandistischen Leitstelle liegt auf dem journalistischen Gebiet. Man kann nicht propagandistisch koordinieren, wenn man nicht auch Journalisten hat, die das, was man koordiniert hat, auch der Öffentlichkeit mitteilen. Es liegt auf der Hand, daß die Tätigkeit der Leitstelle im Bundeskanzleramt sich nicht in öffentlichen und jedermann zugänglichen Pressekonferenzen abspielen wird. Es ist zwangsläufig, daß man sich einen Kreis von sogenannten Vertrauensjournalisten schaffen wird, und das Vertrauen des Bundeskanzleramtes werden nach einiger Zeit eben nur noch diejenigen genießen, die in seinem Sinne "spuren". Wer das nicht tut, der wird nicht zu diesem Kreis gehören.

Wir wollen selbstverständlich den Bonner Journalisten nicht unterstellen, daß sie sich den Plänen des Bundeskanzleramtes als willfährig erweisen werden. Im Gegenteil, wir haben die begründete Hoffnung, daß sich dann in Bonn wieder der Geist regt, der früher so lebendig war, wenn es galt, Anschläge der Bundesregierung auf die Meinungsfreiheit zu verhindern. Aber man sollte auf der anderen Seite nicht unterschätzen, über welche Machtmöglichkeiten eine solche Stelle verfügen wird, man sollte den Konkurrenzkampf im Zeitungsgewerbe nicht übersehen, und wer kann die Hand dafür ins Feuer legen, daß es nicht auch Verleger geben wird, die ohne Verständnis reagieren, wenn eben die Konkurrenzzeitung mehr und intensiver berichten kann, als sie selbst?

Man sollte es deshalb auf die Versuchung überhaupt nicht ankommen lassen, sondern gegenüber den sogenannten Koordinierungsplänen der Bundesregierung in Abwehrstellung treten, bevor sie verwirklicht sind. Heute spinnt man das Netz feiner. Es ist aber nicht weniger gefährlich, als die grobschlächtigen Methoden, die man in der Vergangenheit angewendet hat.

Genfer Abrüstungsgespräch - Vorspiel zur Gipfelkonferenz

Von Bruno Kuster, Genf

Die Völker ersehnen nichts so sehr, als daß mit der Abrüstung endlich ernst gemacht werde. Aber das jahrelange Hin und Her wirkt ermüdend und nährt eine tiefe Skepsis, beteuern doch alle Großmächte schon lange, für den Abbau der Bewaffnung einzutreten, und doch wird täglich von den beiden Blocks total etwa eine Milliarde Mark für die Rüstung ausgegeben! Es kann nicht bestritten werden, daß die Verhandlungspartner bisher oft zumindest als Nebenziel die Absicht verfolgten, die eigene Friedfertigkeit in bestem Lichte zu zeigen und dem Gegenspieler die Schuld für das Scheitern der Beratungen in die Schuhe zu schieben. Im Augenblick, da in Genf neue Verhandlungen aufgenommen werden, stellt sich natürlich die Frage, ob dieses wenig erfreuliche Spiel weitergeführt werden soll oder ob allseitig der ehrliche Wunsch nach Verständigung vorhanden ist. Sicher ist, daß die außerordentlich komplizierten technischen Probleme gemeistert werden können, wenn beiderseitig guter Wille vorhanden ist.

Die neue Verhandlungsphase steht insofern unter einem guten Stern, als ihr eine amerikanisch-sowjetische Verständigung zugrunde liegt, die zum einstimmigen Beschluß der UNO-Generalversammlung führte, den vom sowjetischen Regierungschef vorgetragenen Abrüstungsplan zusammen mit dem britischen Plan und anderen Vorschlägen der Abrüstungskommission der UNO und dem Abrüstungsausschuß der zehn Mächte (fünf östliche und fünf westliche) zu übermitteln.

Wie man sieht, herrscht Einstimmigkeit also lediglich in Bezug auf das weitere Vorgehen. Aber schon das ist ein Fortschritt, wenn man sich daran erinnert, wie oft ernsthaftige Verhandlungen bereits an den Klippen der Prozedurfragen scheiterten. Die nächsten Tage werden rasch zeigen, ob der "Ausschuß der Zehn" bald in das Wesen der Sache eindringen kann oder ob er wieder mit Formfragen und allgemeinen Beteuerungen aufgehalten wird.

Wie der Chef der sowjetischen Delegation, Valerian Sorin, bei seiner Ankunft in Genf unterstrich, erachtet seine Regierung den von Chruschtschow in New York entwickelten Plan einer totalen und allgemeinen Abrüstung unter internationaler Kontrolle als Verhandlungsgrundlage. Dieser Plan zerfällt in zwei Teile. Der erste sieht vor, innerhalb von vier Jahren sämtliche Rüstungen, Truppen, Stützpunkte usw. abzuschaffen und sich mit nationalen Polizeieinheiten zu begnügen. Die Bereitschaft der Sowjetregierung, ein internationales Kontrollorgan zu akzeptieren, wurde allgemein als bedeutungsvolles Entgegenkommen begrüßt, jedoch dürfte gerade dieser Punkt zu Auseinandersetzungen Anlaß geben. Denn nach sowjetischer Auffassung hätte die internationale Kontrolle "gemäß den Stappen der Abrüstung selbst zu funktionieren". Das Kontrollsystem würde erst dann allgemein und total sein, nachdem die Abrüstung restlos vollzogen sein wird. Das heißt nichts anderes, als daß die UdSSR ein umfassendes Kontrollsystem zu Beginn der Abrüstung ablehnt. Man

wird zugeben müssen, daß das Mißtrauen in dieser Zurückhaltung reichlich Nahrung findet.

Der zweite Teil des sowjetischen Planes ist gewissermaßen ein "Minimalprogramm", das zur Ausführung gelangen könnte, bis eine Einigung über die totale Abrüstung zustande kommt. Diese "Teilzahlung" soll in der endgültigen Einstellung der Kernversuche bestehen.

Der britische Plan, der von Selwyn Lloyd der UNO-Generalversammlung vorgelegt wurde, spricht von einem "ausgewogenen" Vorgehen, das heißt, daß gleichzeitig die klassische wie auch die atomare Rüstung abgebaut werden soll, damit keine Mächtegruppe einseitig Vorteile aus der Verminderung der Bewaffnung ziehen könne.

Dieser einleuchtende Grundgedanke scheint auch die Vorschläge bestimmt zu haben, welche die Westmächte nun im Hinblick auf die Genfer Verhandlungen gemeinsam ausgearbeitet haben. Die Herabsetzung der Truppenbestände und der klassischen Rüstungen soll, kontrolliert von einer Abrüstungsbehörde, gleichzeitig mit der Einstellung der Atombombenproduktion und der Vernichtung aller Bombenvorräte vorgehen. Das Gewicht, das die Westmächte auf die Kontrolle legen, zeigt deutlich die Kluft, die zwischen ihnen und den östlichen Verhandlungspartnern nach wie vor besteht.

Moskau hat Angst, vom Westen ausspioniert zu werden, bevor die Abrüstung Tatsache ist, und der Westen befürchtet, die Waffen aus der Hand zu legen, ohne daß Moskau das gleiche tut. Will man trotz dieser Lage wirklich Fortschritte erzielen, wird man auf spektakuläre Pläne verzichten und sich auf "bescheidene", praktische Maßnahmen, deren Durchführung beiderseitig und Schritt um Schritt überprüft wird, einigen müssen. Sonst kommt man aus dem Teufelskreis des Mißtrauens nicht hinaus.

Regional begrenzte Abrüstungsmaßnahmen stehen im Augenblick noch nicht zur Debatte. Es ist aber interessant, daß die polnische Delegation zu verstehen gegeben hat, sie werde den Rapacki-Plan - also den Vorschlag zur Schaffung einer atomwaffenfreien und rüstungsbegrenzten Zone in Mitteleuropa - dann vorlegen, wenn sich herausstellen sollte, daß die Diskussion über die Abrüstungspläne der "Großen" festzufahren droht. Man tastet sich vorläufig also in Genf ab und betrachtet die nunmehr begonnenen Verhandlungen als ein Vorspiel zur Pariser Ost-West-Gipfelkonferenz im Mai dieses Jahres. Allgemein wird vermutet, daß bis dahin die unterschiedlichen Auffassungen soweit abgegrenzt sind, daß die Staatsoberhäupter einen Überblick über die Möglichkeiten der Abrüstung erhalten können.

Wie groß die Geduld ist, mit der man sich auf diese neue Phase der Abrüstungsverhandlungen wappnet, geht aus einer Erklärung der Amerikaner hervor, wonach diese sich für einen Aufenthalt von der Dauer eines Jahres in Genf einrichten.

Verjährungsfrist verlängern!

Nach den geltenden Bestimmungen unseres Strafgesetzbuches aus dem Jahre 1871 wird von diesem Sommer ab niemand mehr wegen eines im Dritten Reich begangenen Totschlages verurteilt werden dürfen, weil dann die Verjährungsfrist eintritt; es sei denn, die Straftat ist inzwischen Gegenstand einer Ermittlung gewesen oder geworden. Es bedarf keiner weiteren Begründung, daß diese Verjährungsfrist ausnahmsweise einmal durch einen Gesetzesakt des Bundestages um etwa fünf Jahre gestreckt werden muss.

Es sind gerade in den letzten Monaten zuviel im Dritten Reich begangene Verbrechen ans Tageslicht gekommen. Ausserdem hat die Sammelstelle für Verbrechen im Dritten Reich der Länderjustizminister bei Stuttgart erst in jüngster Zeit eine koordinierende Tätigkeit aufgenommen. Zudem war es der Justiz in den ersten Nachkriegsjahren einfach nicht möglich, umfassende Ermittlungen zu führen.

Eine ausnahmsweise Verlängerung der Verjährungsfrist für unge-sühnte Verbrecher im nationalsozialistischen Reich hat natürlich nichts mit der Aufnahme einer neuen Entnazifizierung zu tun. Es muss vielmehr der jetzt wieder gründlich arbeitenden Ermittlungsjustiz die Möglichkeit gegeben werden, ohne Zeitnot zu arbeiten. Sie muss auch von der Versuchung befreit werden, an den so nahen Verjährungstermin im Sommer zu denken.

Es ist doch wirklich nicht vorauszusagen, ob nicht doch noch die Sammelstelle in Ludwigsburg bei Stuttgart etwa Material gegen den in Flensburg lebenden früheren amtierenden Reichsjustizminister Dr. Schlegelberger oder den heute in Lübeck wohnenden früheren Oberreichsanwalt Lautz bei den Volksgerichtshöfen zutage bringen wird. Nach dem Fall Heyde/Sawade liegt es auch nahe, dass Leute, die sich im Dritten Reich des Totschlages schuldig gemacht haben, im Spätsommer unter ihrem richtigen Namen auftauchen und einfach nicht mehr bestraft werden können.

Die nächsten Monate sollten auch intensiv genutzt werden, um aus den Nürnberger Protokollen der Kriegsverbrecher-Prozesse nun alles herauszuziehen, was noch strafrechtlich zu verfolgen wäre. So behauptet beispielsweise der Staatsanwalt, dass Dr. Schlegelberger wegen der Überstellung des Juden Luftglass im Dritten Reich zur Ermordung an die Geheime Staatspolizei der Prozess gemacht werden müsste, während die Richter in der Beschwerdeinstanz abschließend meinten, für diese Schuld sei Schlegelberger in Nürnberg bereits bestraft worden.

Daneben ist ein sicheres Bestreben notwendig, nun aus allen östlichen und westlichen Archiven etwaige Anschuldigungen vor allem gegen Richter und Staatsanwälte, die in der Bundesrepublik amtieren, heranzuziehen. Eine gründliche Überprüfung und eindeutige Bekanntgabe dieser Feststellungen ist notwendig, damit die Diskriminierungswellen aus dem Osten aufhören. Hierbei soll jedoch darauf hingewiesen werden, dass man beispielsweise in Prag viel diskreter und gründlicher das Anschuldigungsmaterial bekommen hätte, wenn die Bundesrepublik dort diplomatisch vertreten gewesen wäre. Die bombastischen Propaganda-Pressekonferenzen hätten sich dann erübrigt.

In der Verlängerung der Verjährungsfrist liegt nicht nur die Absicht bedingt, Männer, die sich im Dritten Reich schwer schuldig gemacht haben, vor ein ordentliches Gericht zu stellen. Diese Frist gibt auch die Möglichkeit, alle anderen Leute und da vor allem die hohen Staatsbeamten wie Richter und Staatsanwälte von Vorwürfen zu befreien, die gegen sie zu Unrecht erhoben werden.

Es ist möglich, dass noch eine grössere Anzahl Ermittlungs- und Gerichtsverfahren, die in den Händen demokratisch zuverlässiger Juristen liegen sollten, in der nächsten Zeit notwendig werden. Aber das wird dann dazu führen, dass man den Weizen von der Spreu trennt und nicht nur die Glaubwürdigkeit des Auslands sondern auch das Vertrauen in der Bundesrepublik zur Justiz und zur Beamtenschaft wieder herstellt. Daß im Zusammenhang damit der Bundeskanzler sich von seinem Minister Oberländer trennen muss, ist klar.

Zuspitzung nicht erwünscht?

sp - Der sogenannte "Paßstreit" zwischen den Sowjets und den Westmächten wurde zunächst einmal beigelegt. Zweifellos haben die Russen nachgegeben, wobei allerdings das Motiv ihres Verhaltens unterschiedlich beurteilt wird. Aber abgesehen davon, ob die Russen durch ihr Nachgeben erreichen wollten, daß ihre Militärmissionen weiterhin in der Bundesrepublik ungehindert reisen können, oder ob sie zusätzliche Spannungen vermeiden wollten, bleibt der Tatbestand: die Russen wollen im Augenblick, ebenso wie die Amerikaner, keinen Krach. Moskau hat in letzter Zeit mehrfach ein Verhalten an den Tag gelegt, das diese These untermauert. Als Pankow mit großer Getöse forderte, die Regierungen der Bundesrepublik und der sogenannten DDR müßten an der Gipfelkonferenz beteiligt werden, wurde Ulbricht von Moskau zurückgepfiffen. Auch der Ruf aus Pankow nach Atomwaffen blieb in Moskau ohne Echo. Mehrere Anzeichen deuten sogar darauf hin, daß Moskau ganz massiv den Pankower Griff nach der A-Bombe gebremst hat. Wir wissen aus Erfahrung, daß der Krenl seine Taktik vor großen internationalen Konferenzen genau festlegt. Die angeführten Beispiele lassen vermuten, daß Moskau mindestens atmosphärisch die öffentliche Weltmeinung im Sinne der Förderung von Entspannungstendenzen auflockern möchte.

+ + +

Aus Ghana zurück

sp - Zwölf Tage lang hat sich der hessische Ministerpräsident Georg August Zinn in Ghana, dem jungen aufstrebenden, am 1. Juli dieses Jahres volle Unabhängigkeit erreichendem afrikanischen Land umgesehen, mit seinen maßgeblichen Führern gesprochen und so Kontakte angeknüpft, die über den Tag hinauswirken werden. Zinn konnte durch eigenen Augenschein erfahren, was diesem Land mit einer großen Zukunft Not tut und wie man ihm, ohne Empfindlichkeiten zu verletzen, am besten helfen könnte, den Anschluß an die moderne Welt zu gewinnen. Die Ghanesen fragen nicht nach dem politischen oder ideologischen Standort dessen, der geben will, Hauptsache für sie ist, daß überhaupt gegeben und gehalten wird. Demokratie und Kommunismus sind für sie bedeutungslose Schlagworte, der Feind, den sie bekämpfen, heißt: Hunger, Krankheiten, technische Rückständigkeit. Zu ihrer Beseitigung sind West und Ost aufgerufen -, und so war es gewiß auch kein Zufall, daß der hessische Ministerpräsident zu einer Zeit in Ghana weilte, in der in der Hauptstadt Akkra Pankow eine Industrieausstellung eröffnete - eine gute Ausstellung mit allen Produkten, die Ghana benötigt, wie Berichte zu künden wissen. Zinn hatte es bestimmt nicht leicht, hier als Botschafter der Bundesrepublik zu bestehen, aber er bestand die Probe, als einer Freundschafts- wurde eine good-will-Mission. Er war beeindruckt von dem, wie er sagte, unvorstellbaren Aufbauleistung und fand auch viel Verständnis für die Bundesrepublik. Zinn als ein Mann der Tat ließ es nicht bei Worten bewenden. Das Land Hessen wird, als unmittelbare Folge dieses Besuches, hundert Stipendien für die Technische Hochschule und Fachschulen, aber auch für die Ausbildung von Facharbeitern für Ghana zur Verfügung stellen. Solche Taten wiegen schwer in den noch zu gestaltenden neuen Beziehungen zwischen uns und den afrikanischen Völkern. Sie sind von jenem Geist getragen, der Freundschaften erstehen läßt.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel